



Sitzung vom

16. April 2024

Mitgeteilt den

22. April 2024

Protokoll Nr.

318/2024

Anfrage Bisculm Jörg

betreffend Schliessung der Long-Covid-Sprechstunde im Kantonsspital Graubünden

Antwort der Regierung

Am Kantonsspital Graubünden (KSGR) wird seit vielen Jahren eine Sprechstunde für Patientinnen und Patienten mit myalgischer Enzephalomyelitis/chronischem Fatigue Syndrom (ME/CFS) angeboten. Es handelt sich dabei um eine schwere Multisystemerkrankung, die je nach Verlauf zu schweren körperlichen und kognitiven Einschränkungen bis hin zum Verlust der Arbeitsfähigkeit führen kann. Sie tritt insbesondere nach viralen Infekten auf und weist viele Parallelen zu Long-Covid (Post-Covid Syndrom) auf. Diese Sprechstunde ist eine der wenigen Anlaufstellen für Betroffene und wird rege von Patientinnen und Patienten aus der ganzen Schweiz in Anspruch genommen. Ab dem Frühjahr 2020 wurden auch Betroffenen mit langanhaltenden Symptomen nach einem Infekt mit Sars-CoV2 in der Sprechstunde betreut. Zu Beginn war diese zusätzliche Arbeit in den bestehenden Strukturen zu bewältigen. Bereits nach kurzer Zeit aber nahm der Bedarf stark zu. Die Behandlung und Betreuung der Betroffenen ist äusserst aufwändig und intensiv. Sie ist mit der Betreuung von schwer chronisch Kranken zu vergleichen. Neben regelmässigen, lang dauernden Sprechstunden sind dies vor allem nachstehende Arbeiten:

- medikamentöse und nicht-medikamentöse Therapien in die Wege leiten;
- Entgegenwirkung der vor allem initial durch die starke Stigmatisierung verursachten psychosozialen Belastung;
- Gespräche mit Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber führen und Einschränkungen erklären;
- Einbezug der verunsicherten Familien und Schulung im Umgang mit den Erkrankten;
- Erstellung zahlreicher Begründungen und Berichte an Krankenkassen und andere Versicherungen, insbesondere bei häufiger initialer Ablehnung;
- reger Austausch mit den Hausärztinnen und Hausärzten mit Empfehlungen zur Therapie.

Für die Betreuung der Patientinnen und Patienten war eine interdisziplinäre Zusammenarbeit, insbesondere zwischen medizinischer Poliklinik, Physiotherapie und Ergotherapie, notwendig. Durch den regelmässigen Austausch mit der IV-Stelle Graubünden konnte das gegenseitige Verständnis für die speziellen Schwierigkeiten bei dieser Patientengruppe stark gefördert werden. Vorübergehend konnte das KSGR zusätzliches Fachpersonal einstellen, welches sich ausschliesslich um Long-Covid-Betroffene gekümmert hat. Aufgrund des grossen Ansturms von Betroffenen und dem damit verbundenen Anstieg der Abwicklung der Fälle mit (Kranken-) Versicherungen und Arbeitgebenden kam es in der Folge zu krankheitsbedingten Ausfällen und Kündigungen im Behandlungsteam. Diese Abgänge konnten mangels Interessentinnen und Interessenten nicht ersetzt werden. Damit die Aufgaben in der Grundversorgung weiterhin sichergestellt werden konnten, musste die Long-Covid-Sprechstunde eingestellt werden.

Die Sprechstunde für ME/CFS Betroffene ist von dieser Massnahme nicht betroffen. Bis im Sommer werden zwar keine neuen Patientinnen und Patienten aufgenommen, die in Behandlung stehenden Personen werden aber weiterhin am KSGR betreut. Ab September 2024 können in dieser Sprechstunde in beschränktem Umfang auch wieder neue Patientinnen und Patienten untersucht und behandelt werden. Eine Anlaufstelle für Betroffene mit schweren post-viralen Fatigue-Syndromen bleibt erhalten.

Zu Frage 1: Die Regierung bedauert die Einstellung der Long-Covid-Sprechstunde am KSGR. Für die betroffenen Personen wird die Schliessung einschneidend sein. Eine abschliessende Beurteilung der sich ergebenden Auswirkungen ist nicht möglich.

Zu Frage 2: Eine Long-Covid-Sprechstunde an einer geeigneten Institution in Graubünden wäre zu begrüessen, aufgrund des fehlenden Fachpersonals aber kaum zu realisieren.

Zu Frage 3: Die Fortführung und das Weiterbestehen der Long-Covid-Sprechstunde ist ein operativer Entscheid des KSGR. Selbst wenn die Regierung die Kompetenz hätte dem KSGR operative Vorgaben zu machen, kann das für den Betrieb notwendige Fachpersonal damit nicht wettgemacht werden.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin